

Axel Troost

Wohin treibt Europa?

Dieser Beitrag ist eine geringfügig überarbeitete und gekürzte Fassung des Beitrags: "Wohin treibt Europa? Eine kurze Bilanz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019" von Klaus Busch, Joachim Bischoff und Axel Troost, Sonderbeilage der Zeitschrift Sozialismus 11-2018.

Zu Beginn seines letzten Amtsjahres zog EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor dem Europäischen Parlament Bilanz seiner Kommissionszeit und versuchte, einen Ausblick auf die weitere Entwicklung zu geben. Überraschend deutlich räumte er ein, dass sich die politische Konstellation der Europäischen Union klar verschlechtert habe. »Die EU ist zurzeit nicht in Topform«, meinte er mit Blick auf die Zerreißprobe in der Flüchtlingskrise, auf die Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa – und mit Blick auf das Brexit-Votum, das eine »existenzielle Krise« des europäischen Projektes sichtbar gemacht habe.

Juncker beschwört eine »neue europäische Souveränität«

Bei seinem Amtsantritt 2014 hatte der Luxemburger voller Tatendrang gesagt, seine Kommission sei die »Kommission der letzten Chance«, um das Vertrauen der Europäer*innen zurückzugewinnen. Nun wiegelte er ab: Eine Amtszeit von fünf Jahren sei zu kurz, um die Entwicklung des Staatenprojektes definitiv voranzubringen. Zwar habe Europa laut Juncker nach gut zehn Jahren die Wirtschafts- und Finanzkrise weitgehend überwunden. Doch die Welt stehe nicht still und die internationale Ordnung gerate durcheinander.

Mit Blick auf den Handelskonflikt mit den USA rief Juncker die Mitgliedsstaaten dazu auf, ihre »Kräfte im Handel« zu bündeln. Die EU müsse über ihre Rolle als »global payer« hinauswachsen zum »global player«. Die EU, immerhin der »weltgrößte Binnenmarkt«, könne Standards setzen und zugleich seine Werte schützen. Der Euro müsse »Gesicht und Werkzeug der neuen europäischen Souveränität« werden. Europa sei zu klein, als dass es sich spalten lassen könne. Speziell in der Frage der Migration stünde der Schengen-Raum auf dem Spiel, d.h. ein Europa ohne Binnengrenzen. Einige Staaten hätten das richtige Verhältnis zwischen Verantwortung für das eigene Staatsgebiet und Solidarität mit den anderen EU-Ländern noch nicht gefunden.

Zudem erinnerte Juncker an die Rolle der EU bei der Bewahrung des Friedens. Er forderte ein »Ja zu einem Patriotismus, der sich nicht gegen andere richtet«, aber eine Absage an einen ausgrenzenden Nationalismus. In Hinblick auf die Anbindung Großbritanniens nach dem Brexit meinte er: »Europa darf nicht Zaungast oder Kommentator der aktuellen Weltgeschichte sein«. Es müsse aktiv mitgestalten.

Dieses aktiv mitgestalten – dies sagt Juncker nicht – hat heute eine neue Dimension: Die USA haben entschieden, das multilaterale Spiel zu beenden, um ihre eigenen wirtschaftlichen und unilateralen Interessen durch Sanktionen und Zolltarife zu verteidigen, ohne dabei auf Großbritannien, Frankreich oder Deutschland – ihre nächsten und ältesten Verbündeten – Rücksicht zu nehmen. Gegenüber all diesen Tendenzen müssen die europäischen Staaten eine historische Entscheidung treffen: handeln oder über sich ergehen lassen. Gemeinsam ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten oder getrennt verhandeln, mit

der Sicherheit geschwächt zu werden. Eine gerechtere und wirksamere Wirtschaftsordnung schaffen, die auf multilateraler Regulierung aufbaut oder sich zwischen China und den USA erdrücken lassen.

Europa-Kritik von rechts

Dieser Bewertung des aktuellen Zustandes der EU hat für die moderne Rechte der britische Politiker Farage scharf widersprochen: Das Bild »einer Europäischen Union des Friedens, des Wohlstands, der Zufriedenheit« entspräche nicht der Realität. In Wahrheit erlebe sie eine zweite »vielleicht gleich große« Katastrophe wie den Brexit:

»Italien, ein Gründungsland der Europäischen Union und eine der größten Volkswirtschaften, hat jetzt eine Koalitionsregierung zwischen den Fünf Sternen und der Lega, die mehr als 60 Prozent Zustimmung unter den Wählern bekommt und eine direkte Herausforderung bietet, sowohl was den Umgang mit dem Euro-Währungsgebiet betrifft, als auch den Umgang mit der Migrationskrise.« Juncker wie auch die Mehrheitskoalition im europäischen Parlament, haben diese Entwicklung überhaupt nicht anerkannt. Die Gegenthese des britischen Rechtspopulisten: Ein populistischer Aufstand, der sich in allen Mitgliedsstaaten zeige. Darauf könne man nicht mit dem erneuten Plädoyer von einem souveränen Europa reagieren, »denn in Wirklichkeit meinen die herrschenden Eliten doch eine noch stärkere Zentralisierung der Befugnisse«.

Farage wirft den Mehrheitsfraktionen vor, immer mehr Macht in Brüssel zu zentrieren und nationale, patriotische Gefühle von Bürger*innen zu missachten und diskreditieren. Zeitgleich verlange die EU aber einen europäischen Patriotismus. »Wir leben nun einmal in Nationalstaaten«, erklärt Farage und schlussfolgert, dass die Menschen eine Empfindung für ihre nationale Identität hätten, nicht für eine europäische. Das sei die echte fortschreitende Trennung in der EU und die Erklärung für den wachsenden Erfolg populistischer Politiker*innen.

Wachsende Zustimmung zur EU

Die Rechtspopulisten wie Farage stellen in Sachen Zustimmung der Bürger*innen zum europäischen Projekt die Entwicklung auf den Kopf. Vor der richtungsweisenden Europawahl hat die Zustimmung zur Europäischen Union dem letzten Eurobarometer zufolge ein Rekordhoch erreicht. Mehr als zwei Drittel der EU-Bürger*innen und 75 % der Deutschen sind demnach der Ansicht, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Das ist der höchste Wert in Europa seit 1983. Zu diesem Zeitpunkt hatte die EU (damals EG – Europäische Gemeinschaft) noch deutlich weniger Mitgliedsstaaten. Zu Beginn der Euro-Finanzkrise im Jahr 2010 lag der Wert EU-weit noch deutlich niedriger. 53 % der Menschen waren damals der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes vorteilhaft sei. Auch während der Flüchtlingskrise 2015 und 2016 war die Zustimmung zur EU im Vergleich niedriger. Die deutliche Tendenz zur positiven Bewertung der EU-Entwicklung begann demnach in der zweiten Jahreshälfte 2016, nach dem Votum der Brit*innen, aus der EU auszutreten. Dies habe zu einem »Weckruf« innerhalb der EU geführt, heißt es in der Umfrage. In Deutschland sind 72 % der Befragten der Meinung, dass ihr Wort in Europa Gewicht hat.

Diese Bestandsaufnahme und andere Umfragen über Europa lassen ein positives Gesamturteil zu: Die Bürger*innen Europas stehen, wenn auch zusehends polarisiert,

mehrheitlich zum europäischen Projekt. Der EU-Binnenmarkt und der Frieden zwischen den EU-Mitgliedsstaaten sind die positivsten Errungenschaften der EU. In Deutschland finden die Hauptziele der europäischen Agenda eine breite Zustimmung. Für die Brit*innen war eines der Motive für die Entscheidung zum Austritt die Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen im EU-Binnenmarkt. Laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage befürwortet eine klare Mehrheit der »EU-Bürger, dass man überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen kann«. Gleichwohl sind die Befragungswerte gewiss kein Grund zur Beruhigung: In den meisten westlichen Ländern ist das Vertrauen in die demokratischen Institutionen in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen.

Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft verschoben

Dieser schleichende Verlust bei der politischen Legitimität der demokratischen Institutionen wird von den rechtspopulistischen Bewegungen aufgegriffen und instrumentalisiert. Die Wirksamkeit dieser Systemkritik von Rechts kann sich darauf stützen, dass eben bis heute die tektonischen Verschiebungen infolge der großen Finanz- und Wirtschaftskrise – auch in der EU – nicht verarbeitet und die Konstruktionsmängel der Euro-Währungsunion nicht behoben sind. Dazu kommen politische Instabilitäten und Konflikte an den Rändern der EU – von Nordafrika über den Nahen Osten bis hin zur Ukraine –, die auch in die EU ausstrahlen. Zusätzlich muss konstatiert werden, dass die Krise die Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft auf globaler Ebene fundamental verschoben hat. Die amerikanische Führung wurde infrage gestellt, Europa stürzte in eine langanhaltende Krise und der Aufstieg Chinas wurde bestätigt und beschleunigt. Diese Veränderungen haben das Bewusstsein dafür gesteigert, wie instabil die finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Weltwirtschaft sind. Die Wirtschaft ist nicht mehr das Zaubermittel, mit welchem die westlichen Mächte nach dem Kalten Krieg ihren globalen Herrschafts- und Gestaltungsanspruch legitimieren konnten. Wir müssen mit weiteren fundamentalen Krisen rechnen, die die Ordnung des Westens infrage stellen. EU-Präsident Juncker, aber auch der deutsche Außenminister Maas, proklamieren endlich die Notwendigkeit der Verringerung der finanziellen Abhängigkeit Europas von den USA. Es sei nötig, ein »Gegengewicht« zu den USA zu bilden. Da sich Europa nicht mehr auf die USA verlassen kann, muss es seine Souveränität absichern, militärisch, politisch und auch ökonomisch – weshalb die Stärkung der Währungsunion unabdingbar ist, denn die gemeinsame Währung ist eine Quelle der europäischen Eigenständigkeit.

Die Aussichten auf eine Überwindung der politischen Blockade in der EU sind jedoch nicht gut. Europa bewegt sich derzeit in unterschiedliche Richtungen. Wie bei den letzten Gipfeltreffen in Fragen der Migration sichtbar wurde, gibt es zwischen Polen, Ungarn, Österreich und Italien auf der einen und Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite wenig Gemeinsamkeiten. Es mangelt eines europäischen Grundkonsenses und dies schwächt die Gemeinschaft. Die EU und ihre Mitgliedsländer sind aktuell weder willig, ihre eigenen Strukturen zu reformieren noch darauf eingestellt, auf der internationalen Bühne eine größere, eigenständige, von der Linie der USA abweichende Rolle einzunehmen.

Historisch gesehen spielte die deutsch-französische Achse stets eine entscheidende Rolle für Reformen der EU. Das Zusammengehen der französischen und der deutschen Regierung ist zwar noch keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Bedingung für eine Weiterentwicklung der EU und des Euros. Fatalerweise hat die Bundesregierung nach der

Wahl Macrons dessen Vorschläge, die der ökonomischen und politischen Spaltung Europas und der Destabilisierung des Euros entgegenwirken sollen, zunächst über Monate hinweg ignoriert und schließlich fast komplett entkernt. Wo Frankreichs Präsident Macron ein Eurozonen-Budget von mehreren hundert Milliarden Euro vorschwebte, ist die Große Koalition unter Zähneknirschen für ein symbolisches Budget im Umfang von wenigen Milliarden Euro bereit. Wo makroökonomische Stabilisierung stattfinden soll, darf diese laut der Bundesregierung langfristig nicht zu Finanztransfers führen. Ein Eurozonen-Parlament und ein europäischer Finanzminister, die lenkend im Sinne einer kohärenten Finanz- und Wirtschaftspolitik wirken könnten, sind ebenfalls tabu. Zur gemeinsamen Schnittmenge der deutsch-französischen Europapolitik gehört leider auch, die infolge der Finanzkrise versprochene Finanztransaktionssteuer zu einer winzigen Aktiensteuer einzudampfen.

Europas Bevölkerung akzeptierte in den zurückliegenden Jahrzehnten den schrittweisen Aufbau einer immer engeren wirtschaftlichen Union ohne großen Enthusiasmus, aber auch ohne starken Protest. Entgegen dem immer wieder beschworenen Mythos ist die EU keine starke politisch-wirtschaftliche Institution und keineswegs ein riesiger bürokratischer Apparat. Die politische Herrschaft der Nationalstaaten ist nicht infrage gestellt, sondern vielmehr durch die dominierende Stellung der Regierungschefs und der Ministerräte gesichert. Auch in näherer Zukunft werden weitere Schritte in Richtung föderaler Integration bescheiden bleiben. Die Politik in Europa wird auch in Zukunft nicht zentral in Brüssel, sondern durch zwischenstaatliches Aushandeln gestaltet werden. Und gerade dies ist auch der Grund der Schwäche. Hinzu kommt die unzureichende demokratische Kontrolle und Rechenschaftspflicht.

Rechtspopulisten und »Bewegungen« in der EU im Aufwind

Die Polemik des britischen Rechtsradikalen Farage basiert auf einem politischen Bluff. Noch vor kurzer Zeit erstarrte das demokratische Europa vor dem Angriff der rechten Nationalisten:

Nach dem Brexit-Referendum im Juni 2016 und dem Trump-Triumph im November desselben Jahres setzte Marine Le Pen bei den französischen Präsidentschaftswahlen zum dritten Streich der »populistischen Internationale« an, um dem Establishment und der Europäischen Union den »ultimativen Gnadenstoß« zu verpassen. Sie ist damit gescheitert. Sicher: Die Rechtsverschiebungen in Österreich, Italien und zuletzt Schweden können die Demokratiefeinde von Rechts immer noch als Teilerfolge verbuchen. Aber in einigen rechten »Bewegungen« in Europa – z.B. bei der Rechten in den Niederlanden (Wilders), der im Juni von Front National (FN) in Rassemblement National (RN) umgetauften Partei von Marine le Pen oder der Spaltung der Bewegung der wahren Finnen und dem Dauerchaos von UKIP (Farage) – sind die weiteren Erfolge dank des demokratischen Widerstands ausgeblieben.

Viele Bürger*innen erwarteten, dass die politische Konjunktur der Jahre 2017/18 auf einen Triumph des Populismus in Europa hinauslaufen würde. Aber es kam anders. Größere Veränderungen erreichten vielmehr selbsternannte »Bewegungen«, die traditionelle politische Parteien völlig umdrehten oder an deren Stelle traten. Herausragende Beispiele sind die Bewegung »La République En Marche!« des französischen Präsidenten Emmanuel Macron oder die Transformation der rechtskonservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zu einer Bewegung namens »Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei«.

In vielen europäischen Ländern erleben immer mehr Wähler*innen die traditionellen politischen Parteien als eigennützig, bürokratisiert und machthungrig. Vielfach wandelten sich

diese überlieferten Parteien zu abgehobenen verknöcherten Institutionen; sie bedienen sich staatlicher Ressourcen, um an der Macht zu bleiben und besorgen die Stabilisierung der politischen Kräfteverhältnisse. Dagegen formieren sich Bewegungen, die aber in kurzer Zeit selbst eine eigentümliche Transformation zeigen: Obwohl sie sich weiterhin ihrer horizontalen Organisationsformen und partizipativen Demokratie rühmen, konzentrieren ihre charismatischen Führungspersönlichkeiten ironischerweise immer mehr Macht in den eigenen Händen. Diese neuartigen politischen Bewegungen tendieren rasch zu weniger Pluralismus als die großen Parteien, die die Politik im Nachkriegseuropa beherrschten. Diese mit großen Versprechungen an Transparenz und breiter Beteiligung angetretenen Bewegungen fallen zügig in autoritäre Muster und sorgen eben nicht dafür, dass die Politik in den europäischen Mitgliedsstaaten demokratischer gemacht wird. Im Gegenteil: Aufgrund ihrer stark plebiszitären Führungsformen könnten sie sogar weniger demokratisch agieren als traditionelle Parteien.

Kehrtwende für eine andere EU notwendig

Seit vielen Jahren machen die Bürger*innen die Erfahrung, dass – ganz gleich wen sie wählen – für sie nichts besser und vieles schlechter wird. Während Konzerne und Aktionäre ungestraft ihre Milliardengewinne steuerfrei einstreichen und Subventionen kassieren, läuft im unteren Drittel der Einkommenspyramide europaweit ein gnadenloser Wettlauf um niedrige Löhne und den Abbau von Schutzrechten.

Die bittere Ironie daran ist, dass die eigentliche Ursache der Misere keineswegs direkt bei den EU-Institutionen liegt, sondern bei den nationalen Regierungen. Denn es sind die nationalen Regierungsapparate und politischen Eliten, die seit Jahrzehnten die Logik der Austeritätspolitik proklamieren und damit verhindern, dass der so geschaffene Binnenmarkt auch sozial und demokratisch regiert und gestaltet wird. Darum gibt es bis heute keine Mindeststeuer für Unternehmensgewinne, sondern einen nationalen Steuersenkungswettbewerb. Darum gibt es bis heute keine gemeinsame EU-Sozialpolitik, weil es immer genügend Regierungen gibt, denen das nicht in ihr nationales Kalkül passt. Kein Wunder, dass Europa erneut durch einen Flächenbrand des Nationalismus bedroht wird.

Für die anstehenden Europa-Wahlen gilt: Die EU ist nicht per se ein neoliberales Projekt, auch wenn ihre Verträge in den letzten Jahrzehnten neoliberal geprägt wurden. Der Grund für die in vielerlei Hinsicht falsche Politik der EU sind in erster Linie der Europäische Rat bzw. die ihn dominierenden Regierungen und nur in zweiter Linie eine Brüsseler Zentraladministration. Im Europäischen Rat wird die neoliberale Politik der EU geformt und beschlossen. Wer dies ändern will, der muss sich entsprechend mit der hegemonialen und jüngst auch aggressiv-dominanten Rolle einzelner neoliberal ausgerichteter Regierungen – allen voran der deutschen Bundesregierung – auseinandersetzen. Wer ein anderes Europa will, darf sich daher nicht zuerst gegen die politische Eliten und Bürokraten in Brüssel wenden, sondern muss primär gegen die politischen Akteure in Berlin vorgehen.

Auch die europäischen Institutionen (European Governance) sind nicht an sich der Grund für die anhaltenden Missstände – Euro-Krise, Bankenkrise, Arbeitslosigkeit, Aufrüstung etc. –, und daher kann aus unserer Sicht eine Renationalisierung auch nicht die politische Alternative sein.

Trotz allem haben in ihrer jetzigen Form weder die EU noch der Euro eine Zukunft. Sie müssen radikal umgebaut werden. Wir treten erstens für eine Stärkung der europäischen Integration

und den Ausbau der demokratischen Kontrolle der Institutionen ein. Dazu gehört: Die schwächelnde Wirtschaft muss durch ein europäisches Investitionsprogramm stimuliert werden, das die Austeritätspolitik beendet. Es wäre die Aufgabe einer demokratisch gewählten europäischen Wirtschaftsregierung, in Einklang mit einem deutlich aufgewerteten Europäischen Parlament dafür zu sorgen, dass die Fiskalpolitik zukünftig der gesamten Eurozone gerecht wird.

Zweitens müssen die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone beseitigt werden. Zukünftig müssten auch Staaten mit hohen Überschüssen im Außenhandel dazu verpflichtet werden, auf eine ausgeglichene Leistungsbilanz hinzuarbeiten. Deutschland könnte sich damit nicht weiter aus der Verantwortung stehlen. Maßnahmen zur Steigerung des Lohnniveaus und erhebliche öffentliche Investitionen wären angesichts der aufgelaufenen Fehlentwicklungen quasi unvermeidlich.

Drittens müssten Beschäftigung, Lohn- und Einkommenspolitik und soziale Sicherung in der Union einen deutlich größeren Stellenwert erhalten. Es wäre ein Leichtes, anhand von Indikatoren die Entwicklungen in diesen Bereichen zu beobachten und bei Fehlentwicklungen korrigierende Maßnahmen zu erzwingen. Neue Spielregeln für die Finanzmärkte, die Einführung von Euro-Anleihen und Maßnahmen der Steuerpolitik würden dieses Paket ergänzen. Zudem kommt die EU nicht darum herum, legale Zugangswege für Flüchtlinge zu schaffen und Mittel für die Aufnahme von Flüchtlingen und die Beseitigung von Fluchtursachen zu mobilisieren. »Europa geht auch solidarisch«, entsprechend der Tenor eines solchen Maßnahmenpakets.¹

Eine solche Politik diene den deutschen ökonomischen Beschäftigungsinteressen genauso wie den gegenwärtig von Zentraleuropa abgehängten Ländern des Mittelmeerraums von Griechenland über Italien bis Portugal. Dies wäre die Chance, gut 60 Jahre nach den Römischen Verträgen noch zu verhindern, dass die EU auseinanderfällt und eine ganze Generation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hochgebildet ins Leere fällt. Dies wäre die entscheidende soziale und kulturelle rettende Antwort auf den zerstörerischen Anti-Europa- und Anti-Euro-Kurs der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen von Le Pen bis zur AfD.

Herausgefordert durch die Konfrontation von rechten Parteien, sollte sich Deutschland mit den Partnern, die sich dazu bereit erklären, als ein Land verstehen, das sich gegen einen ökonomisch und politisch destruktiven Nationalismus wendet – als europäische und in Europa verankerte Ausgleichs- und Friedensmacht. Anders als bei Rechtspopulisten war es die »raison d'être« Nachkriegseuropas und vor allem Deutschlands nach dem Nationalsozialismus, nicht die Angst zu schüren, nicht die Ressentiments zu entfesseln, nicht den inneren und den äußeren Feind zu beschwören und keine Politik mit der Angst zu betreiben. Schaffen wir das nicht, wären die Folgen verheerend.²

¹ Vgl. dazu ausführlich Busch u.a. 2016.

² Dazu ausführlich: Busch/Bischoff/Funke 2018.